



NICHT UNSER KRIEG, NICHT UNSERE ARMEE

**WARUM UND WIE WIR GEGEN MILITARISMUS
UND BUNDESWEHR KÄMPFEN MÜSSEN**



INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	3
WARUM GIBT ES ARMEEN UND KRIEG?	4
Ein ungerechtes System bringt ungerechte Kriege hervor!	
Von der Ausbeutung der eigenen Bevölkerung zur Ausbeutung anderer Völker	
Imperialistische Kriege	
Was ist Militarismus?	
Die Jugend und der imperialistische Krieg	
Sind Kriege immer schlecht?	
AUSLANDSEINSÄTZE UND WAFFENLIEFERUNGEN – WOFÜR?	10
Besatzung und Kriegsverbrechen in Afghanistan	
Ziele des Imperialismus in Afghanistan	
Folgen der Besatzungspolitik für die afghanische Wirtschaft	
Deutsche Kriegsverbrechen in Afghanistan	
DEUTSCHLAND UND DER UKRAINE-KRIEG	16
Warum wird in der Ukraine Krieg geführt?	
Die Ukraine: Kein Leuchtfeuer der Demokratie und der Freiheit	
Folgen des Ukraine-Kriegs für Deutschland	
WAS TUN?	22
Die Bundeswehr ist nicht unsere Armee!	
Für den Frieden kämpfen?!	
Kommunistische Politik gegen imperialistischen Krieg und Militarismus	
Den Kampf gegen die Bundeswehr entwickeln	
Unsere Aufgaben im Kampf gegen Krieg und Militarismus	
SCHLUSS	30

EINE BROSCHÜRE DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND

Impressum:

Herausgeber: Redaktionskollektiv, Verlag Leo Jogiches

V.i.S.d.P.: H. Sand, Solmsstr. 32, 60486 Frankfurt a.M.

Kontakt: info@komaufbau.org

Mai 2023

Eigendruck im Selbstverlag

EINLEITUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

seitdem SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz nach der erneuten Verschärfung des Ukraine-Kriegs im Februar mit der „Zeitenwende“ eine historische Aufrüstungsoffensive verkündet hat, spricht in Deutschland alles über den Krieg und insbesondere die Bundeswehr.

In den Medien wird Tag ein, Tag aus über den Zustand der deutschen Armee debattiert. Zahlreiche Diskussionen entfalten sich darum, wie man die Bundeswehr wieder fit für die „Landes- und Bündnisverteidigung“ – oder kurz: den Krieg – machen kann. Wenn wir uns umschauen, können wir ebenso erleben, dass sich die Präsenz der Bundeswehr im Straßenbild, an den Bushaltestellen oder auch auf unserem Handy merklich gesteigert hat.

Ein besonderes Ziel sind dabei wir Jugendlichen. Immer mehr versucht die Armee ihre Propaganda an unsere Schulen zu tragen oder sich auf Jobmessen in Schale zu werfen. Und auch die Diskussionen über die Wiedereinführung der Wehrpflicht werden Monat für Monat konkreter.

Doch warum ist das so? Hat sich mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine auch in Deutschland grundsätzlich etwas geändert? Wozu ist die Bundeswehr überhaupt da und warum richtet sie sich vor allem an uns? Und was können wir gegen die Aufrüstung in Deutschland tun?

Diesen und weiteren Fragen wollen wir uns in diesem Heft widmen. Wir freuen uns auf deine Anmerkungen, Fragen und Kritiken und hoffen, gemeinsam den Kampf gegen die deutsche Kriegsmaschinerie aufnehmen zu können.

**KOMMUNISTISCHE
JUGEND** WWW.KOMAUFBAU.ORG



WARUM GIBT ES ARMEEN UND KRIEG?

KRIEG DEM
KRIEG!
KJA

Derzeit redet zwar alles vom Ukraine-Krieg. Allerdings ist das sicherlich nicht der erste Krieg, von dem die meisten von uns etwas mitbekommen haben. Ganz im Gegenteil: Schauen wir uns die Nachrichten und politisch heißen Themen der letzten Jahre oder Jahrzehnte an, dann ist es der Normalzustand, dass irgendwo irgendwelche Armeen gegeneinander Krieg führen.

Dass Krieg geführt wird, ist also etwas sehr Prägendes für die gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Welt und kann auch kein Zufall sein. Was sind also die tiefer liegenden Gründe für Kriege?

EIN UNGERECHTES SYSTEM BRINGT UNGERECHTE KRIEGE HERVOR!

Nicht nur in Deutschland oder Europa leben wir in einer kapitalistischen Gesellschaft. Der Kapitalismus umspannt inzwischen den gesamten Globus. Aber was heißt das überhaupt?

Der Kapitalismus hat sich in den westeuropäischen Ländern im 18./19. Jahrhundert durchgesetzt. In Revolutionen, zum Beispiel wie der Französischen Revolution, übernahmen kapitalistische Unternehmer die Macht von den Feudalherren. Das kapitalistische System zeichnet sich dabei dadurch aus, dass es zwei neue gesellschaftliche Hauptklassen hervorgebracht hat. Die Kapitalist:innen auf der einen Seite, deren Unternehmen mit einander im Konkurrenzkampf stehen. Ihre gemeinsamen Interessen, wie zum Beispiel die Unterdrückung der Arbeiter:innenklasse, werden dabei vom ka-

pitalistischen Staat übernommen. Auf der anderen Seite der gesellschaftlichen Barrikade steht die Arbeiter:innenklasse, die von den Kapitalist:innen ausgebeutet wird, das bedeutet sie schafft mehr Wert, als sie am Ende in Form von Löhnen ausgezahlt bekommt.¹

VON DER AUSBEUTUNG DER EIGENEN BEVÖLKERUNG ZUR AUSBEUTUNG ANDERER VÖLKER

Seit der industriellen Revolution hat sich natürlich auch im kapitalistischen System einiges verändert. Die wichtigsten Änderungen hat Wladimir Iljitsch Lenin, einer der bedeutendsten Kommunist:innen der Geschichte, in seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ und anderen Texten insbesondere während des Ersten Weltkriegs zusammengefasst.

Lenin beschreibt, dass sich der Kapitalismus weiter zum Imperialismus entwickelt hat. An die Stelle vieler kleinerer und mit einander konkurrierender Unternehmen treten dabei größere Unternehmen oder Unternehmensverbände, die die Produktion bestimmter Industriezweige oder ganzer Länder und den dazu gehörenden Markt beherrschen.

Diese ordnen sich auch ihre zugehörigen Staaten unter. Das sehen wir heute zum Beispiel ganz konkret, wenn führende Mitarbeiter:innen großer Konzerne einen Teil ihrer Arbeitswoche in den Ministerien der Bundesregierung verbringen, um „Politik zu machen“.²

¹ Eine genauere Auseinandersetzung damit, was der Kapitalismus ist und wie er sich zum Imperialismus entwickelt hat, findet ihr in unserem Buch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ ab Seite 146.

² Vgl. Sascha Adamek und Kim Otto, Der gekaufte Staat – Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben

Damit wird die Konkurrenz zwischen diesen Unternehmen zunehmend durch ihre Staaten in Form internationaler Konflikte ausgetragen. Sie kämpfen um Rohstoffe, Absatzmärkte und Einflussgebiete.

Grund hierfür ist, dass es diesen großen Unternehmen, die wir auch als Monopole bezeichnen, in ihren eigenen Ländern „zu eng“ geworden ist. Sie drängen in andere Länder, wo die Löhne niedriger sind, sie mehr Profit machen und so die Produktion einfacher ausweiten können.

So ergibt sich zwischen den verschiedenen Ländern eine pyramidenförmige Rangordnung. Die mächtigeren Länder, die internationalen Einfluss haben, andere Völker unterdrücken und untereinander um die bestimmende Rolle in der Welt kämpfen, nennen wir imperialistische Länder.

Am unteren Ende gibt es noch wenige Kolonien und neokolonial abhängige Länder, während es auch viele Zwischenformen gibt.³ Innerhalb dieses imperialistischen Weltsystems sind alle Einflussgebiete, Rohstoffquellen und politische Einflussmöglichkeiten verteilt. Diese Verteilung ist jedoch nicht statisch und wird ständig von allen Seiten in Frage gestellt, um den eigenen Einfluss und den in den Händen der eigenen Monopole konzentrierten Reichtum noch zu steigern.

IMPERIALISTISCHE KRIEGE

Ein bekannter Satz des preußischen Militärtheoretikers Clausewitz lautet: *„Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln.“* Diese Erkenntnis ist auch für uns Kommunist:innen wichtig, um Kriege zu bewerten.

Die Politik der mächtigen kapitalistischen Länder ist dabei eine, die darauf ausgerichtet ist, die Bedingungen für ihre Konzerne zu verbessern. Wenn dabei aber die politischen, „friedlichen“ Mittel der Diplomatie, der Knebelverträge der EU mit afrikanischen Ländern usw. keine Wirkung mehr entfalten und eine grundlegende Neuaufteilung der Welt oder auch nur bestimmter Gebiete auf die Tagesordnung rückt, greifen sie dafür auch zu militärischen Mitteln, zum Krieg. Ihre Kriege sind dabei Kriege der Eroberung und der Unterdrückung, die wir als imperialistische und ungerechte Kriege bezeichnen. Ein Beispiel dafür wäre der erste Weltkrieg, der von kleineren Kriegen eingeleitet wurde und in dem vor allem von der damals aufstrebenden Macht Deutschland eine Neuaufteilung der Welt auf die Tagesordnung gebracht wurde.

WAS IST MILITARISMUS?

Um imperialistische Kriege führen zu können, brauchen die kapitalistischen Länder den Militarismus. Doch was verbirgt sich hinter diesem Begriff? Der deutsche Kommunist Karl Liebknecht, der 1919 vom deutschen Staat unter Federführung der SPD ermordet wurde, nahm vor, während und nach dem ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Militarismus ein. Er erklärte den Militarismus als „eine ganz besondere Art des Militärwesens, eine Erscheinung, die nicht aus dem Gesamtwillen des Volkes geboren ist, sondern vielmehr auf dem Boden der *Klassengegensätze* gewachsen ist. Also: die scharfe Absonderung des Militärs von der Zivilbevölkerung, der Drill, die Misshandlungen, die Militärjustiz, wie man die Kosten aufbringt. Alles, was den Militarismus

³ Vgl. Kommunismus 16, Der deutsche Imperialismus in Europa



mus zum Werkzeug der Klassenherrschaft macht und einem Bevölkerungsteil die Möglichkeit gibt, ihn eventuell gegen den anderen zu verwenden.“⁴

Der Militarismus in seiner heutigen Form ist etwas für den Kapitalismus Spezifisches, erst im Kapitalismus werden tatsächlich die Ausgebeuteten ganzer Nationen aufeinander gehetzt, während historisch in den Sklavenhaltergesellschaften und im Feudalismus meistens nur eine gesellschaftliche Minderheit Kriege führte. Wichtig ist dabei, dass sich der Militarismus sowohl nach außen als auch nach innen richtet. Heute umfasst er in Deutschland beispielsweise die Bundeswehr, aber ebenso die Polizei, die als bewaffnete Menschengruppen von der restlichen Gesellschaft abgesondert werden. Sie tragen Uniformen, sind nicht wählbar und der einfachen Bevölkerung nicht zur Rechenschaft verpflichtet.

Diese Absonderung von der Gesellschaft ist deshalb notwendig, weil in einer kapitalistischen Gesellschaft eine kleine Minderheit, die Kapitalisten, eine große Mehrheit, die Arbeiter:innenklasse sowie andere, ärmere Bevölkerungsschichten,

unterdrückt. Zu dieser Unterdrückung brauchen sie den Militarismus, müssen jedoch Menschen aus den unterdrückten Klassen für ihn gewinnen, da sie zahlenmäßig selbst nicht stark genug sind, um die Arbeiter:innen niederzuhalten. Die Absonderung ist dabei so wichtig, um die Soldat:innen und Polizist:innen vergessen zu lassen, dass es nicht in ihrem Interesse ist, gegen Demonstrant:innen vorzugehen oder gegen andere Völker in den Krieg zu ziehen. Sie sollen sozusagen vergessen, „wo sie herkommen“, sich nicht mehr als Arbeiter:innen „fühlen“, wie Liebknecht es formuliert.

DIE JUGEND UND DER IMPERIALISTISCHE KRIEG

Der Militarismus versucht dabei insbesondere die Jugend für sich zu gewinnen. Seit jeher wurden als erstes jugendliche Arbeiter:innen in den großen, imperialistischen Kriegen als Kanonenfutter an die Front geworfen. Das hat relativ einfache Gründe. Vor allem sind junge Menschen generell „fitter“ für den Krieg und leichter auszubilden. Gleichzeitig liegt auch hier eines der größten Probleme für die Werbeoffen-

⁴ Karl Liebknecht – Militarismus und Antimilitarismus, Rede in Leipzig am 27. April 1907, zitiert nach Karl Liebknecht: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Dietz Verlag 1952, S. 124

siven von kapitalistischen Armeen. Nicht nur müssen sie dem Schüler, der nebenbei an der Kasse sitzt, verlickern, dass es eine gute Idee sei, gegen Aufständische in anderen Ländern zu kämpfen oder für die Eroberung von Absatzmärkten für das kapitalistische „Vaterland“ zu sterben. Sie müssen auch damit zurechtkommen, dass Jugendliche oft rebellischer und im Allgemeinen noch nicht so fest von der Richtigkeit der gesellschaftlichen Zustände um sie herum überzeugt sind.

Deshalb arbeitet der Militarismus mit „Zuckerbrot oder Peitsche“, bietet also bessere Gehälter, vermeintlich rosige Zukunftsaussichten etc. oder verpflichtet die Jugend zum Wehr- oder Kriegsdienst. Gleichzeitig wird aber auch mit politischer „Überzeugungsarbeit“ und dem Aufdrücken des eigenen Weltbilds, in dem sich das eigene Land meist angeblich nur „verteidigen“ muss, versucht, die Jugendlichen von der Armee zu überzeugen. Dennoch war es oft so, dass es gerade wir Jugendlichen waren, die den größten Widerstand gegen imperialistische Kriege und das Morden zwischen den Völkern geleistet haben.

SIND KRIEGE IMMER SCHLECHT?

Wenn der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist und somit jeder Krieg auch politische Ziele verfolgt, wirft das natürlich auch die Frage auf, ob es auch Kriege mit fortschrittlichem politischen Charakter geben kann. Schließlich machen ja auch wir als junge Kommunist:innen Politik – nämlich eine Politik,

die darauf gerichtet ist, eine sozialistische Gesellschaft⁵ zu errichten, in der die imperialistischen Kriegstreiber entmachteter sind. Aber kann eine solche Politik überhaupt den Charakter eines Krieges annehmen oder ist das wegen ihres Ziels grundsätzlich unmöglich? Diese Frage wurde in der Geschichte der kommunistischen Bewegung schon rauf und runter diskutiert. Grundsätzlich ist es jedoch so, dass man die Kapitalist:innen und ihren Militarismus nicht entmachten kann, ohne sie auch militärisch, mit Waffengewalt zu besiegen. Die Mächtigen werden nicht einfach freiwillig das System aufgeben, von dem sie profitieren.

Deshalb denken wir, dass es auch gerechte Kriege gibt. Das könnten unter anderem Kriege gegen die Unterdrückung durch mächtige imperialistische Staaten sein oder auch der Kampf um eine sozialistische Gesellschaft. Die Bolschewiki, die russischen Kommunist:innen, die das erste sozialistische Land der Welt aufbauten, definierten einen gerechten Krieg als einen Krieg, „der kein Eroberungskrieg, sondern ein Befreiungskrieg ist, der das Ziel hat, entweder das Volk gegen einen äußeren Überfall und gegen Unterjochungsversuche zu verteidigen, oder das Ziel der Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus, oder endlich das Ziel der Befreiung der Kolonien und abhängigen Länder vom Joche der Imperialisten [...]“⁶

Ein historisches Beispiel für einen gerechten Krieg wäre zum Beispiel der Krieg der sozialistischen Sowjetunion und der Partisanen gegen das faschistische Deutsch-

⁵ Später wird noch einmal behandelt, warum der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft noch immer aktuell ist. Außerdem haben wir in unserer Broschüre „Unsere Alternative: Sozialismus!“ auch schon darüber geschrieben, wie wir uns den Sozialismus heute vorstellen.

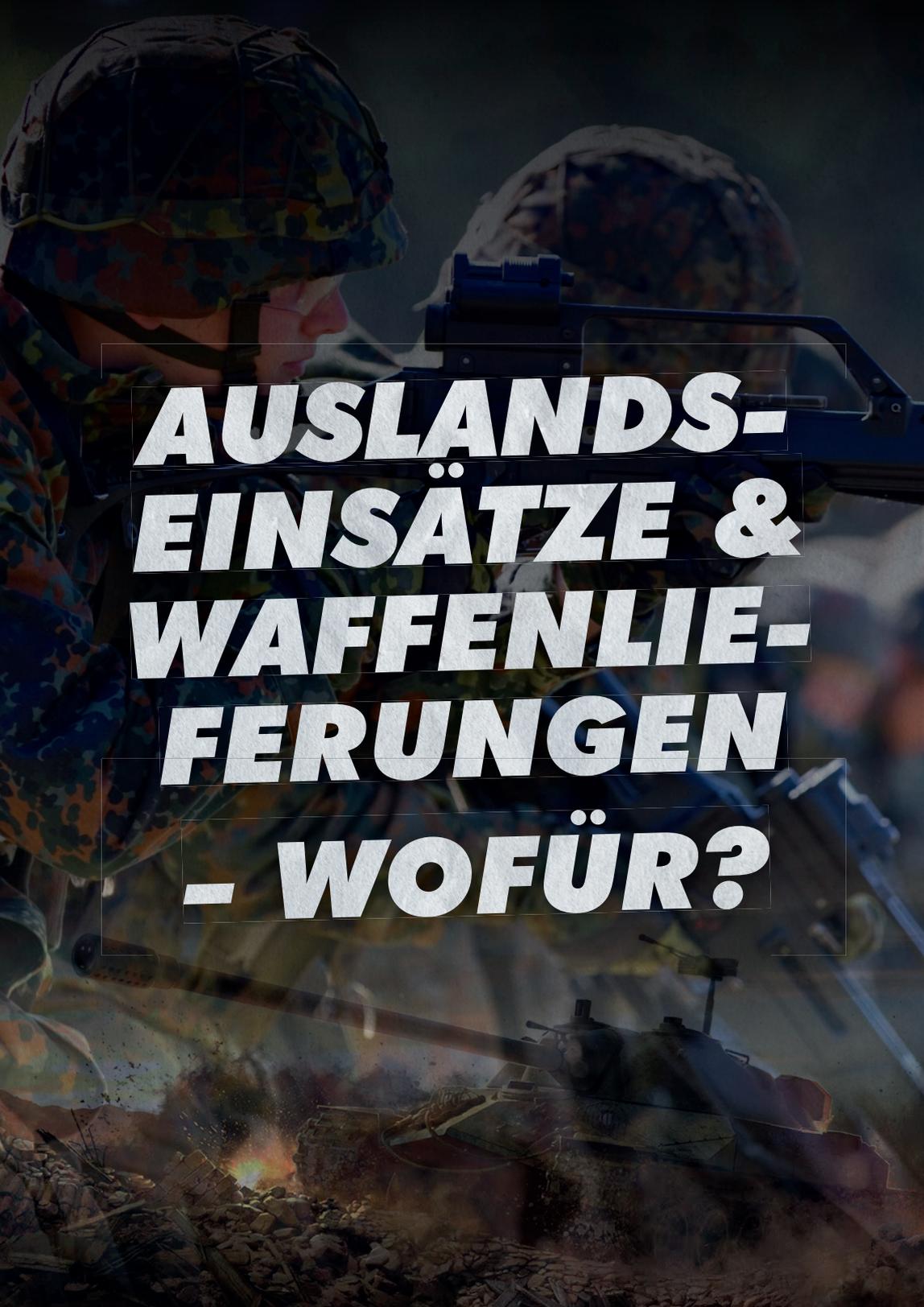
⁶ Zitiert nach „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang“, SWA-Verlag 1947, S. 227

land während des zweiten Weltkriegs. Damals ließen Millionen von Menschen im Kampf gegen ein barbarisches Regime, das mit einem unfassbaren, blutigen Terror gegen unterdrückte Völker, religiöse Gruppen und fortschrittliche Menschen vorging, ihr Leben. Im Anschluss gab es auf Grundlage des Siegs in diesem Krieg auf einem Drittel des Erdballs Anläufe, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der dem Faschismus seine Wurzeln entzogen werden. Aber auch dieser Sieg über Nazi-Deutschland wäre nicht möglich gewesen, hätten die Völker der Sowjetunion nicht den Bürgerkrieg nach der Oktoberrevolution 1917 gegen die Intervention ausländischer Mächte und die alten Machthaber aus der Zeit des Zaren gewonnen. Dieser militärische Sieg war nämlich die Grundlage für den Aufbau eines industrialisierten sozialistischen Landes, welches Hitler-Deutschland nieder-

ringen konnte. Ein aktuelles Beispiel wäre die demokratische Revolution in Rojava in Nordostsyrien. Dort kämpfen seit 2012 die Völker der Region gegen den Terror des Islamischen Staats und der Türkei. Dabei haben auch die Kommunist:innen eine große Rolle gespielt. Gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften bauen sie eine demokratische Gesellschaft auf, in der religiöse und nationale Feindschaften beigelegt werden und vor allem die Frauen ihre Unterdrückung bekämpfen und in allen gesellschaftlichen Bereichen an vorderster Front kämpfen.

Diese gesellschaftlichen Fortschritte sind kaum anzuzweifeln und gleichzeitig wären sie nicht ohne den Einsatz von militärischen Mitteln, ohne die Fortsetzung der Politik in einem gerechten Krieg, möglich gewesen.





**AUSLANDS-
EINSÄTZE &
WAFFENLIE-
FERUNGEN
- WOFÜR?**

Nachdem wir uns nun allgemein mit den Fragen von gerechten und ungerechten Kriegen, Militarismus und Imperialismus beschäftigt haben, wollen wir das oben besprochene nun konkret auf den deutschen Staat und die Bundeswehr anwenden.

Über den Charakter der Bundeswehr wird uns in der Schule und den bürgerlichen Medien sehr viel erzählt. Man sagt, die Bundeswehr, das wäre eine Armee, die ausschließlich zur Verteidigung dient. Allerdings ist die Bundeswehr nicht nur in Deutschland unterwegs, sondern in sehr vielen Ländern, die teilweise auf der anderen Seite der Welt liegen, wie zum Beispiel Bosnien, dem Kosovo, Mali und bis vor wenigen Jahren auch Afghanistan. Es ist vollkommen klar, dass keines dieser Länder Deutschland angreifen könnte. Deutsche Waffen werden in noch viel mehr Länder geliefert.

Auch dafür liefern Staat und Medien natürlich Erklärungen: Die Bundeswehr und Deutschland würden in diesen Ländern selbstlos für Demokratie und Freiheit kämpfen. Dass dem nicht so ist, lässt sich schnell erkennen, wenn man sich deutsche Waffenlieferungen und Auslandseinsätze genauer anschaut. Sie sind ein zentrales Mittel der deutschen Außenpolitik und dienen dazu, die wirtschaftlichen und politischen Interessen des deutschen Staates und deutscher Unternehmen weltweit durchzusetzen. Laut eigenen Angaben ist die Bundeswehr momentan in 13 Einsätzen auf drei Kontinenten unterwegs. In den vom Verteidigungsministerium ausgearbeiteten Verteidigungspolitischen Richtlinien werden dabei auch

offen die Ziele dieses „Engagements“ ausgesprochen: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung“.

DIE BUNDESWEHR IN MALI

Verfolgt werden diese Ziele zum Beispiel in Mali. Dabei handelt es sich nach dem Ende des Afghanistan-Einsatzes um den zahlenmäßig bedeutsamsten Einsatz der Bundeswehr im Ausland. In diesem Land beteiligt sich die Bundeswehr seit Jahren gleich an zwei internationalen Militäreinsätzen: Zum einen an einer Ausbildungsmission der EU und zum anderen an einer Kampfmission der UNO, die ein sogenanntes Friedensabkommen sichern soll. Die Realität im Land ist jedoch meilenweit von Frieden entfernt. Stattdessen bekämpfen sich – unter anderem befeuert durch benannte internationale Missionen – malische und andere afrikanische Soldat:innen im Kampf um die Kontrolle des Landes. Nicht selten kommt es dabei auch zu brutalen Übergriffen auf Zivilist:innen anhand von religiösen oder kulturellen Grenzen. Widersacher:innen der malischen Regierung sind dabei zum einen aufständische Tuareg und zum anderen islamistische Banden in der Tradition von Al-Qaida.

2021 wurde dieser Auslandseinsatz Deutschlands vor allem dadurch erschüttert, dass sich ein Teil der von Deutschland ausgebildeten Soldaten offenbar an einem Militärputsch im Land beteiligten. Sehr zum Ärger Deutschlands und anderer europäischer Länder wie Frankreich, schlägt das Land seitdem einen zunehmend russlandfreundlichen Kurs ein.

Mittlerweile sind dauerhaft russische Soldaten, beziehungsweise Angehörige der quasi-staatlichen Söldnergruppe Wagner, im Land. Vor einem vollständigen Abzug aus dem Land schreckt Deutschland aber weiterhin zurück, denn obwohl die malische Regierung offenbar kein großes Interesse mehr an der Präsenz deutscher Truppen im Land hat, will man das Feld auch dem großen Konkurrenten Russland nicht einfach so überlassen.

DIE BUNDESWEHR AUF DEM BALKAN

Auch in Europa ist die Bundeswehr aktiv, zum Beispiel in Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo. Zwar sind momentan nur noch relativ wenige Bundeswehrosoldat:innen in diesen Ländern, jedoch kann das Kontingent jederzeit aufgestockt werden, sollte sich Unruhe oder Unzufriedenheit in der Bevölkerung breitmachen. Auch dort geht es darum, die Interessen des deutschen Imperialismus zu vertreten. In Bosnien-Herzegowina schützt die Bundeswehr zum Beispiel direkt die Macht des CSU-Politikers Christian Schmidt als „Hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft“ im Land.

Er ist der mächtigste Mann in Bosnien-Herzegowina. In seiner Funktion kann er das Land faktisch regieren, hat Vollmachten, Gesetze zu erlassen und hohe Beamte oder sogar gewählte Politiker zu entlassen. Gewählt haben ihn die Völker Bosnien-Herzegowinas nie.⁷

Aufgrund seiner Lage ist der Balkan sehr wichtig für Deutschland, um seine Rolle als führende Macht in Europa zu sichern und auszubauen und wird deshalb von

deutschen Konzernen und Politiker:innen oft als Hinterhof betrachtet.

KEINE ARMEE DER FREIHEIT UND DEMOKRATIE

Schon diese beiden Beispiele zeigen, wie deutsche Interessen mit dem Interesse der Völker nach Freiheit und Selbstbestimmung, die Bundeswehr und deutsche Waffenlieferungen angeblich verteidigen, kollidieren. In zahlreichen Ländern Osteuropas, beispielsweise in Rumänien, der Slowakei und in letzter Zeit auch verstärkt in den baltischen Staaten, steht die Bundeswehr - nicht für die Freiheit, sondern um den deutschen Machtbereich abzustocken. Neben den direkten Einsätzen der Bundeswehr liefert Deutschland auch direkt Waffen an verbündete Länder. Saudi-Arabien bekämpft mit deutschen Waffen das jemenitische Volk und in Kurdistan rollen deutsche Panzer im Dienst der türkischen Besatzungsmacht.

Dazu kommen seit über einem Jahr die massiven Waffenlieferungen an die Ukraine. Ein besonders eindrückliches Beispiel für den wirklichen Charakter der Bundeswehr und Deutschlands Außenpolitik ist der Krieg in Afghanistan von 2001 bis 2021, in dem die BRD die Rolle einer Besatzungsmacht im Norden des Landes spielte.

BESATZUNG UND KRIEGSVERBRECHEN IN AFGHANISTAN

Der Krieg in Afghanistan begann, als die US-Armee in der Operation „Enduring Freedom“ nach den Terroranschlägen des 11. Septembers im Oktober 2001 in das Land einfiel und die Taliban-Regierung

⁷ <https://perspektive-online.net/2022/08/wie-sich-christian-schmidt-in-bosnien-und-herzegowina-als-kolonialherr-auffuehrt/>



stürzte. Die Bundesrepublik Deutschland schloss sich dem Krieg schnell an.

Von Dezember 2001 bis Juni 2021 beteiligte sich die Bundeswehr an der Besetzung des Landes. Dabei waren zeitweise mehr als 5000 deutsche Soldaten im Land.

Der Propaganda der Herrschenden zufolge sollten durch den Einsatz Sicherheit, Demokratie und Frauenrechte nach Afghanistan gebracht werden. Dass das nichts als Lügen sind, kann man schon daran sehen, dass die Besatzer sich als ihre lokale Verbündete die Kriegsherren der sogenannten „Nordallianz“ ausgesucht hatten: Drogenhändler und Kriegsverbrecher, die sich sehr wenig um Demokratie und Frauenrechte scherten, jedoch sehr stark um den Aufbau ihrer eigenen Milizen, Macht und Vermögen. Doch worum ging es bei dem Einsatz dann stattdessen?

ZIELE DES IMPERIALISMUS IN AFGHANISTAN

Afghanistan ist seit langem ein wichtiger Punkt auf der Landkarte für die imperialistischen Mächte, vor allem wegen seiner strategischen Lage als Durchgangsweg nach Zentralasien. Es gilt als das südliche Tor zu den riesigen Öl- und Gasvorkommen Turkmenistans, Kasachstans und Aserbaidschans, sowie zu dem Goldproduzenten Usbekistan und dem silberreichen Tadschikistan. Darüber hinaus ist es ein wichtiges Aufmarschgebiet an der Südflanke des imperialistischen Konkurrenten Russland.⁸ Deshalb überrascht es auch nicht, dass der US-Imperialismus den Krieg nutzte, um seinen Einfluss in Zentralasien auszubauen, zum Beispiel durch neue Militärbasen in Usbekistan und Turkmenistan, welche historisch zum Einflussgebiets Russland gehörten. Deutschland verfolgte allerdings auch seine ganz eigenen imperialistischen Ambi-

⁸ Vgl. Informationsstelle Militarisation – IMI Studie – Lackmustest Afghanistan 16.09.2008 S. 11

tionen in Afghanistan – und das nicht erst seit gestern. Schon 1923 gründeten die „Deutschen Industrie- und Handelskreise“ die „deutsch-afghanische Compagnie“:⁹ Eine Organisation, deren zentrales Ziel darin bestand, lukrative Investitionsmöglichkeiten und Absatzmärkte für deutsche Unternehmen in Afghanistan zu erschließen. Nachdem das Land nach Jahrzehnten von Bürgerkriegen immer wieder unter den Einfluss unterschiedlicher politischer Mächte wie den Taliban und in den 80er-Jahren der Sowjetunion geraten war, schien mit dem Einmarsch der NATO in Afghanistan endlich wieder die Stunde des deutschen Imperialismus gekommen zu sein.

So war ein wesentliches Ziel der deutschen Besatzung die Hürden für deutsche Monopole, ihr Kapital in Afghanistan anzulegen, beständig zu verringern. Zu diesem Zweck sorgten sie zum einen dafür, dass die afghanische Verfassung umgeschrieben wurde. Diese beinhaltet nun ausdrücklich den Schutz von „Kapitalinvestitionen“. Umgesetzt wurde das etwa durch eine hundertprozentige Steuerbefreiung von Investitionen für die ersten vier bis acht Jahre. Darüber hinaus baute die deutsche Bundesregierung die „Afghan Investment Support Agency“ auf, eine Agentur, die die Einflussnahme von ausländischen Kapitalist:innen in Afghanistan organisatorisch unterstützt. All diese Anstrengungen zeigten auch zwischenzeitlich Erfolg, so konnten sich bis 2008 deutsche Monopole in der Mobilfunk-, Pharma-, Gastro- und Zuckerindustrie des Landes verankern.¹⁰ Mit ihrem Beitrag an der Besatzung Afghanistans hat die BRD damit ein für alle mal klar gemacht, dass

sie wieder zu den „Big Playern“ gehört und bei der Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Länder mit am Verhandlungstisch sitzen will.

FOLGEN DER BESETZUNGSPOLITIK FÜR DIE AFGHANISCHE WIRTSCHAFT

Dass das keine positiven Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes hat, ist leicht vorstellbar. Obwohl es unter der westlichen Besatzung zwei Jahrzehnte lang offiziell „Aufbauhilfe“ gab, ist Afghanistan am Ende der Besatzung ärmer als vorher. Während die Armut der meisten Afghan:innen gestiegen ist, sind nur einige von ihnen unglaublich reich geworden – nämlich diejenigen die die Besatzung prominent unterstützen. Bei der Kindersterblichkeit war Afghanistan während der gesamten Besatzung Weltspitze und gehört heute zu den zehn ärmsten Staaten der Welt.¹¹ Afghanistan wurde von den Besatzungsmächten so in den Boden gebombt, dass die „Internationalen Hilfszahlungen“ in den ersten Jahren 90 Prozent des Staatshaushalts ausgemacht haben. Diese Abhängigkeit blieb bestehen, so dass das Land nach Abzug der Besatzungstruppen und der damit verbundenen Rückkehr der Taliban an die Macht ohne die „Hilfszahlungen“ in eine tiefe Wirtschafts- und Hungerkrise stürzte.

Es zeigt sich also, dass es sich in Afghanistan nicht um einige zufällige Fehler gehandelt hat, sondern es Deutschland von Anfang an nicht darum gegangen war, die Lage der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Vielmehr wurde das Land durch einen militärischen Angriff gezielt unselbstständig gemacht und ausgeplündert.

⁹ Trotz Alledem Nr. 23 vom Januar 2002

¹⁰ Vgl. Informationsstelle Militarisierung – IMI Studie – Lackmustest Afghanistan 16.09.2008 S. 20 f.

¹¹ <https://www.ipprnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/HintergrundAfghanistanclaussen.pdf>

Nicht zuletzt diese desaströse Mischung aus bitterer Armut und enorm korrupten Behörden, hat in vielen Teilen Afghanistans während der NATO-Besatzung die Unzufriedenheit mit der Situation köcheln lassen. Auch diese Faktoren waren am Ende ausschlaggebend dafür, dass es den reaktionären Taliban gelang, das Land wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Nicht zuletzt die Verbrechen der Besatzer:innen trieben den Taliban zahlreiche Unterstützer:innen in die Arme.

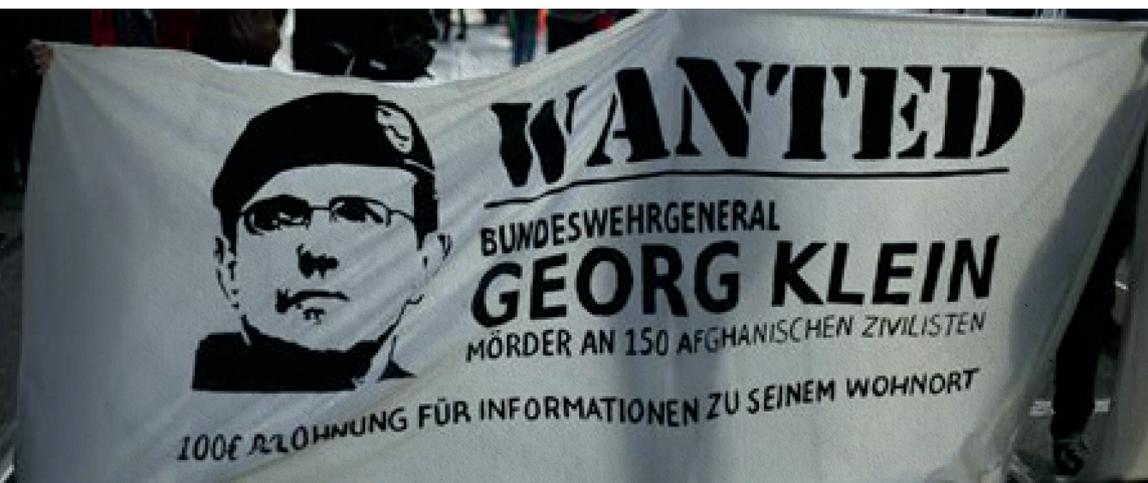
DEUTSCHE KRIEGSVERBRECHEN IN AFGHANISTAN

So unterstützte und deckte die Bundeswehr nicht nur ihre Verbündeten beim Begehen von Kriegsverbrechen, sondern verübte diese auch selber. Der wohl bekannteste Fall ist der des Kundus-Massakers, bei dem die NATO unter Führung des damaligen Oberst Georg Klein insgesamt mindestens 142 Menschen ermordete, darunter ein großer Anteil von Kindern. 2009 hatte Klein die Bombardierung von zwei zurückgelassenen, gefüllten Tanklastzügen bei Kundus befohlen, an denen zahlreiche Zivilist:innen für den eigenen Bedarf Benzin abzapften. Der NATO-Abschlussbericht zeigt, dass selbst die Be-

setzung des Jagdbomber den Auftrag angezweifelt hatte. Auszüge des Funkverkehrs mit dem US-Piloten des Flugzeugs beweisen, dass eins der Besatzungsmitglieder der Kampfflugzeuge um weitere Aufklärung der Lage bat. Dies wurde abgelehnt und die Bomben wurden auf Befehl des deutschen Offiziers abgeworfen. Oberst Klein legte im Anschluss an dieses Verbrechen eine steile Karriere hin, wurde 2013 zum General befördert, arbeitete als Geschäftsführer im Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr und wurde 2022 stellvertretender Kommandeur des „Rapid Reaction Corps France“ dem höchsten in Einsätze verlegbaren Hauptquartier der französischen Streitkräfte. Mörder:innen stehen in der Bundeswehr also alle Türen offen. Zusammengefasst kann man am Beispiel Afghanistans also sehen, wie die Bundeswehr genutzt wurde, um durch brutale Gewalt deutschen Konzernen die Möglichkeit zu geben, ihr Kapital in Afghanistan gewinnbringend anzulegen und die geopolitische Position der BRD zu verbessern. Dabei war es niemals die Intention die Lage der Menschen nennenswert zu verbessern oder gar Demokratie und Frauenrechte zu bringen.

¹³ <https://augengeradeaus.net/2013/04/oberst-georg-klein-zum-brigadegeneral-befordert/>

¹⁴ <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/heer/organisation/rapid-reaction-corps-france>



**IHR SYSTEM BRINGT
KRIEG UND KRISE!**

**KOMMUNISTISCHER
AUFRUF** 

**UNSERE ZUKUNFT
DER SOZIALISMUS!**

DEUTSCHLAND UND DER UKRAINE-KRIEG

**DIE BRD IST
NICHT UNSER
STAAT! ALLE MACHT
DEM PROLETARIAT!**

KJ



Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine wird uns erneut erzählt, die direkte Beteiligung Deutschlands an diesem Krieg sei ebenfalls eine Notwendigkeit, um Menschenrechte und Demokratie zu verteidigen. Außerdem erzählen deutsche Politiker:innen, man müsse sich gegen Angriffskriege und Invasionen stellen. Das ist sicherlich richtig und wir als Kommunist:innen sind gegen jede Besetzung eines Landes durch ein anderes. Stutzig macht hier nur, dass scheinbar für die herrschenden Politiker:innen in Deutschland nicht alle Angriffskriege gleich sind: Als der NATO-Verbündete Türkei parallel zum Ukraine-Krieg seinen Angriffskrieg gegen das kurdische Volk in Nordsyrien und dem Nordirak fortsetzte, oder das autokratische, aber Öl und Gas liefernde, Aserbaidschan Bergkarabach mit Krieg überzog, hüllten sich Baerbock und Konsorten im Schweigen.

Aber auch die Heuchler:innen in Kanzleramt, Verteidigungsministerium und Außenministerium dafür zu kritisieren, dass ihnen vergossenes, europäisches Blut wichtiger wäre als das von Afrikaner:innen, Kurd:innen oder Armenier:innen würde zu kurz greifen. Krieg ist für sie eben ein Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen. Während ihnen die Invasion Russlands in der Ukraine gehörig gegen den Strich geht, weil es die eigenen Pläne, die Ukraine fest in das europäische Einflussgebiet zu integrieren, durchkreuzt, sind beispielsweise im Falle der türkischen Invasion in Kurdistan oder des saudi-arabischen Krieges im Jemen die guten Beziehungen zu den eigenen Verbündeten tausendmal wichtiger als jeder Gedanke an Menschenrechte, Freiheit oder Frieden.

WARUM WIRD IN DER UKRAINE KRIEG GEFÜHRT?

Als sehr armes und abhängiges Land liegt die Ukraine genau an der Ostgrenze Europas. Seit dem Zerfall der Sowjetunion wetteifern verschiedene mächtige imperialistische Staaten wie die USA, Deutschland und eben Russland um die Kontrolle über das Land. Nachdem sich die alten ukrainischen Partei- und Staatsbonzen aus den Zeiten der Sowjetunion einen Großteil des formell staatlichen Eigentums unter den Nagel gerissen hatten und als sogenannte „Oligarch:innen“ zur modernen Kapitalist:innenklasse der Ukraine geworden waren, orientierten sie sich politisch und wirtschaftlich aus alter Tradition zunächst weiter Richtung Osten vor allem an Beziehungen zu Russland. Durch die starke und bis heute andauernde Schwächung Russlands nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, gelang es aber auch westlichen Großmächten zunehmend politische und wirtschaftliche Beziehungen zu dem Land aufzubauen.

2014 gipfelte der Konflikt zunächst in einer – stark aus den Regierungen in Westeuropa unterstützen – Protestbewegung, die durchsetzen wollte, dass die Ukraine ein sogenanntes Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen sollte und sie damit direkt formell in das Einflussgebiet Deutschlands und Frankreichs eingebunden hat. Schon damals begann ein seit Jahren köchelnder Bürgerkrieg, da sich der östlichste Teil des Landes zu an Russland orientierten Separatistengebieten entwickelte, die heute als Aufmarschgebiet der russischen Invasion dienen. Unter Strich ist klar feststellbar, dass weder die einfachen ukrainischen noch die einfachen russischen Soldat:innen irgendein

Interesse an dem Krieg haben, der jetzt in der Ukraine tobt. Sie vergießen ihr Blut für die Interessen ihrer jeweiligen Kapitalist:innenklasse, beziehungsweise im Falle der ukrainischen Soldat:innen auch ganz direkt für die Interessen der führenden NATO-Länder, die den Einfluss Russlands so klein wie möglich halten wollen. Aus einem Spielball der imperialistischen Interessen verschiedenster Länder, ist die Ukraine zu einem Bauernopfer geworden, das als Schauplatz für einen Stellvertreter:innenkrieg zwischen der NATO und Russland dient.

DIE UKRAINE: KEIN LEUCHT-FEUER DER DEMOKRATIE UND DER FREIHEIT

Natürlich ist der heutige russische Staat

einer der größten imperialistischen Räuber, der überall, wo er auf der Welt aktiv ist, zeigt, dass die eigenen Interessen rücksichtslos durchgesetzt werden. Selbst im Kontrast dazu, kann aber die Ukraine nicht als großer Hort der Demokratie und der Freiheit verklärt werden. Das war schon vor der russischen Invasion so und gilt durch die Zuspitzung der Situation nach über einem Jahr Krieg umso mehr.

Die Ukraine ist eines der korruptesten Länder Europas. Dafür hat es in der Vergangenheit auch keine Rolle gespielt, ob die Herrschenden sich gen Moskau, Berlin oder Washington orientiert haben.¹⁵ Dass das politische System der Ukraine gar nicht darauf ausgelegt ist, diese Korruption zu bekämpfen, zeigt gerade der

¹⁵ Corruption Perceptions Index Rank von Transparency International



Liebling der deutschen Politiker:innen und Medien, der heute bei jedem Filmfest auftreten muss, um mehr Waffen für die Ukraine zu fordern: Wolodymyr Selenskij. Er ist gerade wegen dem Versprechen einer Politik, die sich gegen die Macht der Oligarch:innen und Korruption richten sollte, gewählt worden. Spätestens seit den „Pandora Papers“ wissen wir aber, dass er selbst massiv von der Korruption im Land profitiert und sein Geld mit sogenannten „Off-Shore“-Firmen außer Landes geschafft hat.¹⁶

Darüber hinaus wurden die demokratischen Rechte innerhalb der Ukraine in den letzten Jahren immer mehr eingeschränkt. So wurden schon 2015 Gesetze erlassen,

die sich direkt gegen fortschrittliche linke Gruppen richteten. Es wurden „sowjetische Symbole“ verboten, zu denen selbst so banale Dinge wie ein UdSSR-Souvenir oder das Singen der Internationale gehören. Auf diese steht nun bis zu fünf Jahre Gefängnis für eine Einzelperson und bis zu zehn Jahre Gefängnis für Mitglieder einer Organisation.¹⁷

Im gleichen Zug wurden nationalistische Gruppen, darunter die faschistische Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und die Ukrainische Aufständische Armee (UPA), als „Unabhängigkeitskämpfer“ erklärt und es zu einer Straftat gemacht, die Legitimität dieser Gruppen in Frage zu stellen.¹⁸ Bei diesen faschistischen Grup-

¹⁶ <https://www.aljazeera.com/news/2021/10/4/pandora-papers-ukraine-leader-seeks-to-justify-offshore-accounts>

¹⁷ <https://www.theguardian.com/world/2015/may/21/ukraine-bans-soviet-symbols-criminalises-sympathy-for-communism>

¹⁸ Ebenda



pen handelte es sich um fanatische Kollaborateure mit dem Hitler-Regime, die den Holocaust aktiv unterstützten und auch einen eigenen Völkermord an in der Ukraine lebenden Polen durchführten.¹⁹

Auch vor dem Krieg war die Pressefreiheit in der Ukraine stark eingeschränkt, mit dem Ausbruch des Krieges wurde sie völlig abgeschafft und fast alle oppositionellen Parteien wurden verboten.²⁰ Die Rechte von Arbeiter:innen wurden sehr stark angegriffen, Tarifverträge können nun einseitig gekündigt werden, Gewerkschaften verloren fast all ihre Rechte, Unternehmen dürfen nun auch wegen Abwesenheit, wenn Beschäftigte krank oder im Urlaub sind, kündigen. Des Weiteren können die Bosse die Wochenarbeitszeit von 40 auf 60 Stunden erhöhen und Urlaubstage streichen.²¹

Neben der Verteidigung der Demokratie ist ein anderes beliebtes Argument, dass Deutschland der Ukraine durch Waffenlieferungen helfen müsse um dort Menschenrechte zu verteidigen. Um das zu untermauern, werden in den Medien fast täglich neue Opfer präsentiert, Raketenanschläge in Wohnhäuser, tote Zivilisten und Massaker wie das in Butscha. Diese Bilder lösen verständlicherweise Mitleid aus. Aber es wäre ein Trugschluss die Brutalität im Krieg als Rechtfertigung für diesen Krieg zu akzeptieren. Dass das verlogen ist, wird klar wenn man bedenkt, dass die Gegenseite genau das Gleiche macht.

Seit Beginn des Krieges verweist die russische Seite auf ihre eigenen Opfer, Zivi-

list:innen die im Donbass durch Artilleriebeschuss getötet wurden, Soldaten die erschossen wurden, obwohl sie sich ergeben hatten und Menschen in der Ukraine, die russisch sprechen und sich der russischen Kultur zugehörig fühlen und dafür unterdrückt werden. In Kriegen zwischen bürgerlichen Staaten geht es keiner Seite wirklich um „die Menschen“ oder ihre Rechte, stattdessen braucht jeder Staat die eigene sowie die feindliche Bevölkerung nur als Werkzeug, um seine Kriegsziele durchzusetzen.

Die ukrainischen Arbeiter:innen haben also in diesem Krieg nichts zu gewinnen, da keine Seite ihre Interessen vertritt. Und anders, als es die breit gefächerte Kriegspropaganda der deutschen Medienlandschaft darstellt, ist auch ein großer Teil Ukrainer:innen (ebenso wie der Russen im wehrfähigen Alter) aber tatsächlich gar nicht dazu bereit, für „das Vaterland“ zu sterben. Deshalb ist die ukrainische Regierung auch dazu übergegangen, Häftlinge aus Gefängnissen mit dem Versprechen einer verminderten Strafe zu rekrutieren und dann gleich allen Männer im Alter zwischen 18 und 60 die Ausreise zu verbieten, um genug Kanonenfutter für die Front zu haben. Das veranlasste viele Ukrainer:innen, lieber eine schwierige und potenziell tödliche Flucht auf sich zu nehmen, anstatt an der Front verheizt zu werden.

FOLGEN DES UKRAINE-KRIEGS FÜR DEUTSCHLAND

Deutschland unterstützt die ukrainische Armee im Krieg und verfolgt gleichzeitig das Ziel, eine führende Rolle beim Wie-

¹⁹ <https://taz.de/Pressefreiheit-in-der-Ukraine/!5824760/>

²⁰ <https://perspektive-online.net/2022/03/repression-in-der-ukraine-der-krieg-war-weder-der-anfang-noch-kann-er-das-ende-sein/>

²¹ <https://jungle.world/artikel/2022/13/zeiten-wie-diesen>



deraufbau im Land zu spielen. Damit will es in erster Linie seine wirtschaftliche Führungsrolle in Europa dadurch untermauern, dass es auch militärisch die wichtigste Kraft wird. Das wird von deutschen Politiker:innen auch offen so ausgesprochen und als Ziel verfolgt. Eingeleitet wurde diese Politik durch die „Zeitenwende“-Rede von Olaf-Scholz im Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022. In anderen Ländern spielen sich ähnliche Prozesse ab, die eine Vorbereitung neuer großer Kriege, auch eines dritten Weltkriegs, von allen Seiten bedeuten.

Für uns bedeutet das, dass Deutschland in Zukunft eine noch aggressivere Außenpolitik fahren wird, als wir sie in den vorherigen Beispielen geschildert haben. Das Gleiche gilt auch für die Innenpolitik. Dort wurden in den vergangenen Jahren durch

neue Polizei- und Versammlungsgesetze, sowie die Corona-Politik, neue Maßstäbe gesetzt, was das Aushebeln von Grundrechten betrifft. Ebenso muss auch innenpolitisch gelingen, die Bevölkerung für kommende Kriege einzuschwören und zu begeistern. In seiner Zeitenwende-Rede hat Olaf Scholz auch das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen angekündigt, mit dem man die Bundeswehr wieder kriegstauglich gemacht werden soll. Inzwischen wird auch diskutiert, diesen Betrag aufzustoßen.

Unter diesen Bedingungen müssen wir uns als Jugendliche der Arbeiter:innenklasse klar vor Augen führen, dass wir in den Kriegen von heute und denen von morgen, nichts zu gewinnen haben.

Was können wir ihnen entgegensetzen?



KARL UND ROSA WUSSTEN SCHON

**OHNE PARTEI
KEINE REVOLUTION**



KOMMUNISTISCHER AUFBAU



KOMMUNISTISCHE JUGEND
KOMAUFBAU.ORG

WAS TUN?



**— REVOLUTIONÄRE
— GEGENMACHT
— AUFBAUEN!**

DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

www.komaufbau.org



In den vorherigen Kapiteln haben wir dargelegt, was wir von der Bundeswehr, dem deutschen Militarismus, dem Krieg in der Ukraine und Kriegen im Allgemeinen halten. Aber was ist denn jetzt eigentlich unsere Perspektive?

DIE BUNDESWEHR IST NICHT UNSERE ARMEE!

Fassen wir noch einmal zusammen, was wir zum deutschen Militarismus und der Bundeswehr festgestellt haben.

Unter Militarismus verstehen wir das organisierte militärische System der herrschenden Klasse und die ihm dienenden geistigen Kräfte, also konkret die Bundeswehr, die Polizei, Denkfabriken, Kriegshetzer-Presse, rechte Untergrundarmeen usw. usf. Die herrschende Klasse ist in Deutschland die Kapitalist:innenklasse, die den Militarismus sowohl zur Niederhaltung der Arbeiter:innenklasse und Widerständigen im eigenen Staatsgebiet, wie auch auf anderen Kontinenten benötigt.

Entgegen aller Märchen, die uns aufge-tischt werden, dient die Bundeswehr nicht unserer Verteidigung, sondern unserer Unterdrückung, und der Neuaufteilung der Welt im Sinne deutscher Großkonzerne. Die Bundeswehr ist nicht unsere Armee, sondern die einer verschwindend geringen Anzahl an großen Unternehmer:innen, die dieses Land kontrollieren. Sie ist kein Instrument der Demokratie, sondern der Unterdrückung und der härtesten Reaktion. Dazu braucht man sich nicht einmal die unzähligen Nazi-Terroristen, wie z.B. das Kreuz-Netzwerk²², innerhalb der deutschen Armee anschauen. Genauso kämpft Deutschland in der Uk-

raine nicht für Frieden, sondern an der Seite der USA und Co. gegen Russland. Dabei geht es darum, wer die Ukraine kontrolliert. Wir stellen uns hier auf keine dieser beiden Seiten, sondern auf die Seite der ukrainischen Arbeiter:innen, die keinerlei Interesse an diesem Krieg und dem permanenten Machtkampf um ihr Land haben.

FÜR DEN FRIEDEN KÄMPFEN?!

Bei vielen Menschen gibt es den Wunsch nach einem schnellen Ende im Krieg um die Ukraine und generell, nach einem abstrakten „Frieden“. Dabei gibt es verschiedene Vorstellungen darüber, wie man einen solchen „Frieden“ erreichen könnte. Die einen meinen, ein Frieden bedeute einen möglichst schnellen militärischen Sieg der ukrainischen NATO-Stellvertreterarmee und wünschen sich deshalb eine noch intensivere Unterstützung dieser Armee etwa von deutscher Seite aus. Die anderen sind der Auffassung, man könne einen Frieden nur durch Verhandlungen mit der russischen Regierung erreichen, lehnen Kriege überhaupt ab und fordern das Ende von Waffenlieferungen. Wiederum andere wünschen sich einen Sieg Russlands gegen den „Westen“. Alle diese Positionen haben aus unserer Sicht gemeinsam, dass sie keinen nachhaltigen Frieden schaffen können. Warum ist das so?

Im ersten Kapitel zum Imperialismus haben wir festgestellt, dass es zu imperialistischen Kriegen kommt, weil die verschiedenen Interessen kapitalistischer Mächte aufeinander prallen und in letzter Konsequenz militärisch gelöst werden müssen.

²² Siehe die Broschüre des Kommunistischen Aufbau: „Wieviel Staat steckt in rechtem Terror?“

Die Grundlage für die Raub- und Eroberungskriege, wie wir sie heute in der Ukraine, im Jemen und anderswo sehen, ist das kapitalistische System!

Dieses bleibt aber unberührt, egal wie viele Waffen man an das Selenskyj-Regime schickt, egal wie tolle Verhandlungen man (vielleicht auch erfolgreich) führt, egal wie viele Bomben das Moskauer Regime auf die Völker der Ukraine hageln lässt, um den „Westen“ zu besiegen.

Wir müssen die Frage des Friedens also mit der Frage der Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, letztendlich also mit der Frage der Revolution, verbinden. Jeder Friedensschluss innerhalb dieses Systems kann nicht mehr sein als eine Atempause zwischen neuen Kriegen. Wer den Menschen einreden will, die Lösung sei die Unterstützung einer bestimmten Seite in diesen Kriegen, der ist ein Kriegshetzer. Wer verbreitet, die Lösungen seien Verhandlungen zwischen den Imperialisten, der spielt mit den ehrlichen antimilitaristischen Gefühlen vieler Arbeiter:innen und Jugendlicher und belügt sie, oder weiß es selbst nicht besser.

KOMMUNISTISCHE POLITIK GEGEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG UND MILITARISMUS

Wir stellen uns in zwischenimperialistischen Kriegen nicht auf die Seite des einen oder anderen kapitalistischen Landes. Lenin zeigte bereits 1915 während des ersten Weltkriegs, als viele vermeintliche Sozialist:innen zu Vaterlandsverteidiger:innen geworden waren, die Absurdität einer solchen Politik von einem kommunistischen Standpunkt aus auf: „Aber stellen wir uns einmal vor, ein Skla-

venhalter, Besitzer von 200 Sklaven, läge im Krieg mit einem anderen Sklavenhalter, Besitzer von 200 Sklaven, um die ‚gerechtere‘ Neuaufteilung der Sklaven. Es ist klar, dass die Anwendung der Begriffe ‚Verteidigungs‘krieg oder ‚Vaterlandsverteidigung‘ auf einen solchen Fall historisch verlogen und praktisch ein glatter Betrug wäre, begangen von gerissenen Sklavenhaltern am einfachen Volk, an den Kleinbürgern, an der unaufgeklärten Masse. Ganz genauso werden im gegenwärtigen Krieg, den die Sklavenhalter führen, um die Sklaverei aufrechtzuerhalten und zu verstärken, die Völker von der heutigen imperialistischen Bourgeoisie mittels der ‚nationalen‘ Ideologie und des Begriffs der Vaterlandsverteidigung betrogen.“²³

Bedeutet das nun aber, dass wir in solchen Kriegen als Kommunist:innen einfach unparteiisch sind und still an der Seitenlinie stehen sollten? Auch das ist natürlich nicht der Fall! Als Kommunist:innen verstehen wir uns als die politische Kraft, die die Interessen der Arbeiter:innenklasse vertritt. Diese Klasse ist international und hat kein Interesse daran, sich in Kriegen zwischen ihren Ausbeutern gegenseitig zu ermor- den. Deshalb ist es eben im Interesse der Arbeiter:innenklasse, eine unabhängige Politik zu verfolgen und sich nicht hinter den Kriegstreibern der verschiedenen kapitalistischen Großmächte zu verstecken. Stattdessen müssen wir die Frage der Be- endigung von Krieg und Frieden, wie bereits erwähnt, mit der Frage nach der Revolution verbinden. Dabei stützen wir uns auf die Erfahrung der russischen Kommunist:innen, die es geschafft haben, den imperialistischen Krieg mit einer Revolution und dem späteren Übergang zum Sozia-

²³ W.I. Lenin: Sozialismus und Krieg, zitiert nach Lenin, Werke, Band 21, S. 301

lismus nach dem siegreichen Bürgerkrieg zu beenden. In ihrer Parteigeschichte ziehen sie aus dieser Erfahrung wichtige Schlüsse dafür, wie eine kommunistische Politik gegen den imperialistischen Krieg aussehen muss. Neben der Verbindung der Frage von Krieg und Frieden mit der Frage der Revolution stellen sie dabei insbesondere folgende Punkte hervor:

- Zum einen sei der Kampf für die *Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg* zu führen. „Diese Losung bedeutete, dass die Werktätigen, darunter die in den Soldatenrock gesteckten bewaffneten Arbeiter und Bauern die Gewehre gegen ihre eigene Bourgeoisie kehren und deren Macht stürzen müssen, wenn sie den Krieg loswerden und einen gerechten Frieden erreichen wollen.“²⁴

- Zum anderen müsse man für die *Niederlage der „eigenen“ Regierung im imperialistischen Krieg* kämpfen. „Dies bedeutete, dass es notwendig ist, gegen die Kriegskredite zu stimmen, illegale revolutionäre Organisationen in der Armee zu schaffen, die Verbrüderung der Soldaten an der Front zu unterstützen und revolutionäre Aktionen der Arbeiter und Bauern gegen den Krieg zu organisieren, um diese Aktionen in den Aufstand gegen die eigene imperialistische Regierung überzuleiten. [...] Hierbei vertrat Lenin die Auffassung, dass die Politik der Niederlage der eigenen imperialistischen Regierung nicht nur von den russischen Revolutionären, sondern von den revolutionären Parteien der Arbeiterklasse aller kriegführenden Länder durchgeführt werden müsse.“²⁵

²⁴ Zitiert nach „Geschichte der KPdSU (B)“, S. 226

²⁵ Ebenda, S. 226 f.



Diese politischen Leitlinien sind weiterhin richtig und haben ihre Richtigkeit in der Praxis bewiesen. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir darüber heute schon Klarheit haben. Dennoch sind wir derzeit noch nicht konkret an den von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) beschriebenen Punkten, da wir uns noch nicht in einem größeren imperialistischen Krieg befinden, auch wenn der Ukraine-Krieg ein großer Schritt darauf zu war. Genauso fehlt uns heute in Deutschland eine Kommunistische Partei, also eine Kampforganisation der Arbeiter:innenklasse, die in der Lage ist diese Schritte praktisch umzusetzen.

Unsere Politik richten wir dennoch heute schon nach diesen Gedanken aus, die mit zunehmender Zuspitzung der Konflikte zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächte immer konkreter werden müssen. Für uns bedeutet das, dass wir

eine Politik entfalten, die **keine Illusionen über einen gerechten Frieden innerhalb des kapitalistischen Systems** schüren, die die **Revolution propagiert** und unseren **Hauptfeind**, den deutschen Imperialismus, schwächt. Die Bolschewiki betonten rückblickend wie wichtig es war, diese Inhalte schon vor der Oktoberrevolution in die Massen vor zu tragen. Sie schildern, dass ihre Antikriegsarbeit teilweise heftige Gegenreaktionen auslöste. Von den patriotisch eingestellten Massen wurden die kommunistischen Redner:innen teilweise von der Bühne gezerrt und verprügelt. Dass sie sich davon aber nicht abhielten ließen, legte die Grundlage dafür, dass sie später, als die Arbeiter:innenklasse erkannte, dass der Krieg nicht in ihrem Interesse war, die Grundlage für enorm große politische Erfolge.

Um diese strategischen Gedanken Wirklichkeit werden zu lassen, ist es dabei



ebenso unsere Aufgabe, den **Aufbau einer Kommunistischen Partei in Deutschland**²⁶ zu propagieren. Diese verstehen wir als ein notwendiges, illegal aufgebautes Kampfinstrument der Arbeiter:innenklasse, welches die Grundlage für alle anderen, breiteren Organisationsformen bildet und deren Funktionieren garantiert.

DEN KAMPF GEGEN DIE BUNDESWEHR ENTWICKELN

Ein wichtiger Ansatzpunkt, um diese Politik in der BRD als Kommunistische Jugendorganisation in der direkten Vorbereitungsphase eines dritten Weltkriegs zu entfalten, ist der eigene Militarismus und sein Herzkammer, die imperialistische Armee, die Bundeswehr. Diese ist auch für die Herrschenden in Deutschland derzeit eine Art „Hauptkettenglied“ um bei der Kriegsvorbereitung voranzukommen. An allen Ecken hört man Forderungen, man müsse die Bundeswehr wieder fit

machen. In kriegshetzerischen Reden im Bundestag bezeichnet Olaf Scholz die Abschaffung der Wehrpflicht als einen Fehler, den man „beseitigen“ müsse, und die ehemalige Kriegsministerin Christine Lambrecht verkündet, dass man eine „militärische Führungsrolle“ in Europa einnehmen müsse.

Die Bosse der Rüstungsindustrie brüsten sich damit, wie sehr sie ihre Produktionskapazitäten ausgebaut hätten und fordern immer mehr Aufträge von der Regierung, um für die Bundeswehr zu produzieren. Gleichzeitig braucht die Bundeswehr aber noch immer das nötige Menschenmaterial, um es an der Front verheizen zu können. Auch im 21. Jahrhundert wird man keinen Weltkrieg ohne Massenarmee führen können. Das macht eine Ausweitung der Bundeswehr erforderlich. Das versucht man mit unzähligen Image-Projekten, YouTube-Formaten, Propagandaplakaten, Ständen auf Berufsmessen oder Auftritten in Schulen zu erreichen.

Wo immer wir gegen diese Versuche, uns für den Krieg zu gewinnen, eingreifen können, sollten wir das auch tun! Organisieren wir Demonstrationen, verteilen wir Flugblätter, tauschen wir uns mit unseren Mitschüler:innen über den Militarismus aus, führen wir Diskussionsveranstaltungen und antimilitaristische Aktionen durch. Dabei müssen wir alle spontanen, gegen den Militarismus gerichteten Gefühle, Stimmungen und Handlungen unterstützen. Kommt mit uns in Kontakt, wenn ihr in eurem Lebensumfeld gegen die deutsche Kriegsmaschinerie aktiv werden wollt!

²⁶ Hierzu: Ein Gespenst kehrt zurück – Kommunistische Partei im 21. Jahrhundert



Dabei muss uns aber auch immer klar sein, dass unsere Feinde nicht die Menschen sind, die in die Bundeswehr gelockt worden sind, also die „einfachen Soldat:innen“. Das wird umso richtiger, je mehr die Bundeswehr zahlenmäßig ausgeweitet wird. Bei der Beendigung des ersten Weltkriegs hat das Umdrehen der Gewehre durch die Soldaten und die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sowohl in Deutschland als auch in Russland eine große Rolle gespielt, ebenso wie die Organisierung von Widerstand in der Armee, die beispielsweise erst den Ausschlag für die Novemberrevolution 1918 in Deutschland gab.²⁷ Unser Widerstand gegen die Bundeswehr richtet sich gegen die Führungsriege der deutschen Armee, die deutschen Großkonzerne und deren Regierung, für die sie kämpft. Sie sind es, die uns für die Armee gewinnen wollen und uns einreden wollen, wir müssten auf unsere Geschwister auf den Schlachtfeldern dieser Welt schießen.

UNSERE AUFGABEN IM KAMPF GEGEN KRIEG UND MILITARISMUS

Fassen wir also noch einmal zusammen, was die Aufgaben von uns als kommunistischen Jugendlichen im Kampf gegen den deutschen Militarismus sind, was also die Politik ist, die wir verfolgen und von der wir die Arbeiter:innenjugend in diesem Land anhand praktischer Erfahrungen überzeugen wollen.

KEINE PARTEINAHME FÜR DIE KRIEGSTREIBER!

In Raubkriegen zwischen verschiedenen Großmächten beziehen wir nicht Stellung für die eine oder andere von ihnen. Das

würde bedeuten, einen unabhängigen Klassenstandpunkt der Arbeiter:innenklasse gegen eine nationalistische Politik der einen oder anderen Seite einzutauschen. Stattdessen ergreifen wir Partei für die internationale Arbeiter:innenklasse und die unterdrückten Völker und verteidigen den proletarischen Internationalismus.

FÜR DIE NIEDERLAGE DER DEUTSCHEN IMPERIALISTISCHEN REGIERUNG! DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND!

Eben deshalb ist es unsere Pflicht, den deutschen Kriegstreibern in den Rücken zu fallen, die Aufrüstung, den Militarismus und die Bundeswehr zu bekämpfen, um sowohl den von Deutschland unterdrückten Völkern als auch der Arbeiter:innenklasse in Deutschland ihre Befreiung zu erleichtern!

DEM DRUCK STANDHALTEN: KLARE KOMMUNISTISCHE POSITIONEN VERTRETEN!

Wer unter den aktuellen Bedingungen offensiv gegen den Militarismus auftritt, erhält zwar viel Zuspruch aus der Bevölkerung, wird aber auch schnell von rückschrittlich gesinnten Menschen, staatlichen Stellen oder bürgerlichen Medien massiv ins Visier genommen. Uns muss es darum gehen, diesem Druck standzuhalten und unsere klare kommunistische Antikriegsposition auch gegen diese Widerstände zu verteidigen.

KRIEG DEM KRIEG!

Den Krieg hinter uns lassen können wir nur in einer sozialistischen Gesellschaft.

²⁷ Hierzu können wir auch unsere Broschüre „Alle Macht den Räten!“ zum 100. Jubiläum der Novemberrevolution und der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands empfehlen.

Die politische Krisensituation, die durch die verstärkten Kriegsvorbereitungen immer näher rückt, müssen wir für den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ausnutzen. In dieser ist nicht mehr der Profit von großen Konzernen, sondern das Interesse der arbeitenden Bevölkerung ausschlaggebend für Wirtschaft und Politik. Die Rivalitäten zwischen verschiedenen herrschenden Klassen weichen der internationalen Solidarität zwischen sozialistischen Ländern und der revolutionären kommunistischen Bewegung in der kapitalistischen Welt. Auch wenn es heute für viele schwer vorstellbar ist, in einem Land zu leben, das nicht von Allianz, Rheinmetall und Co. regiert wird, müssen wir den revolutionären, sozialistischen Ausweg als einzige Lösung propagieren und daran festhalten.

DIE RICHTIGEN ANSATZPUNKTE FINDEN!

Schon heute finden wir viele fortschrittliche Jugendliche, die mit unseren Posi-

tionen sympathisieren. Diese müssen wir durch die geeigneten Ansatzpunkte für den Klassenkampf gewinnen und organisieren. Ein erster Schritt ist hier die verstärkte Arbeit gegen die Rekrutierungsversuche der Bundeswehr, ob in der Schule, auf Jobmessen oder anderswo. Aber auch Kriegstreiberkonferenzen, Versammlungen von Rüstungskonzernen, Gipfeltreffen, historische Tage und andere Gelegenheiten können wir nutzen, um über die Rolle der Bundeswehr aufzuklären und andere Jugendliche für den antimilitaristischen Kampf zu gewinnen. Außerdem müssen wir in unserer Politik beachten, dass das Wesen der Bundeswehr und des Kriegs uns und manchen fortschrittlichen Jugendlichen sicherlich schon bewusst ist, sich bei anderen dieses Bewusstsein jedoch erst an bestimmten kritischen Punkten, durch politische Skandale oder ähnliches, entwickeln lässt. Diese Punkte müssen wir finden und uns immer wieder bewusst machen, an welchem Bewusstseinsstand wir ansetzen.





STATT KRIEG & KRISE
REVOLUTION

Wie wir in unserer Broschüre gezeigt haben, war die Bundeswehr noch nie eine Armee der Demokratie und Gerechtigkeit. Das kann auch gar nicht anders sein, denn sie ist ein Instrument zur Durchsetzung der wirtschaftlichen und politischen Interessen eines der mächtigsten imperialistischen Staaten auf der Welt. Das Wohlergehen oder die Sicherheit der Menschen in den Ländern, in denen Deutschland mit eigenen Soldat:innen oder Waffenlieferungen an Kriegen beteiligt ist spielt bestenfalls eine Rolle, damit die Lage vor Ort aus Sicht der deutschen Investor:innen und Geostrateg:innen nicht vollends außer Kontrolle gerät.

In der Regel aber sind sie nicht mehr als eine Rechtfertigung für knallharte Machtpolitik; Schlagworte, die den Heuchler:innen deutscher Außenpolitik nur über die Lippen kommen, wenn es den eigenen Interessen dient.

Bis zur Invasion Russlands in der Ukraine am 24. Februar 2022 konnten wir als Jugendliche in Deutschland mit etwas Mühe jedoch noch recht bequem die Augen vor dieser Tatsache verschließen. Ab diesem Zeitpunkt jedoch ist deutlich geworden, dass sich der Kampf um die Herrschaft über möglichst große Teile der Welt enorm zuspitzt. Ob in der Ukraine, im Gengangel um Taiwan oder Inselgruppen vor der chinesischen Küste: Überall knallen die Interessen der mächtigsten Militärmächte der Welt frontal aufeinander.

Die Welt ist in eine Phase eingetreten, in der sich alle Kräfte, die wirtschaftlich und militärisch dazu in der Lage sind, konkret darauf vorbereiten, einen großen Verteilungskrieg, einen dritten Weltkrieg zuzuführen. Auch Deutschland gehört dazu. Brutale Stellvertreter:innenkriege wie in der Ukraine sind das grausame Vorspiel für eine solche Konfrontation und stellen



uns – ob wir wollen oder nicht – vor die Frage: Frieden oder Krieg? Sozialismus oder Barbarei?

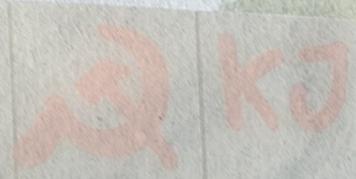
Als junge Kommunist:innen ist es unser erklärtes Ziel die rote Fahne der revolutionären Arbeiter:innenbewegung überall in Deutschland wieder auf die Straßen zu tragen. Wir tun dies im Bewusstsein, dass es schon seit über hundert Jahren diese Fahne ist, die als erstes gegen den Krieg erhoben wurde, wenn die einfachen Kinder verschiedener Nationen zur Schlachtbank geführt werden sollten.

Es ist die Fahne der Freundschaft und Solidarität zwischen den Arbeiter:innenklassen verschiedener Nationen. Diese Fahne ist ein flammender Aufruf an die Soldat:innen aller Nationen: „Schießt nicht auf eure Klassengeschwister! Dreht die Gewehre um und richtet sie gegen eure Ausbeuter:innen, die euch – nur auf den eigenen

Vorteil bedacht – zwingen wollen, einander zu ermorden.“

Diese Kriegserklärung an den Kapitalismus und seine Kriege gilt es schon heute mit doppelter Energie und unzerbrechlichem Optimismus in unserer Klasse zu verankern.

Unser Ziel muss es sein, dem deutschen Imperialismus durch die sozialistische Revolution ein Ende zu bereiten, damit er sich nicht mehr an der sinnlosen Völkerschlachtereie beteiligen kann, die jeder imperialistische Krieg ist.



ORGANISIER DICH GEGEN DEN KRIEG!

komaufbau.org/jugend
jugend@komaufbau.org
twitter.com/komjugend
facebook.com/komjugend

**KOMMUNISTISCHE
JUGEND** WWW.KOMAUFBAD.ORG 

Krieg